Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennnige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Sprechstunden nur von 12 bis 1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 4. April 1883. Nr. 154.

Deutschland.

Berlin, 3. April. Nach den Beschlüssen des Bundesrathes sind über den Bestand der deutschen Seeschiffe am Anfange jedes Jahres, sowie über die Bestandsveränderungen im Laufe des verflossenen Kalenderjahres alljährlich in den Küstenstaaten des deutschen Reiches Spezialverzeichnisse aller Schiffe, welche in demselben ihren Heimathshafen haben, aufzustellen. Diese Erhebungen erstrecken sich auf die zur Kauffahrtei-Flotte gehörigen Seeschiffe von 50 Kubikmtr. Brutto-Raumgehalt und darüber. Nach den neuesten, mit dem 1. Januar 1882 abschließenden Aufnahmen bezifferte sich der Bestand der deutschen Kauffahrtei Flotte an registrirten Fahrzeugen dieser Größe auf 4509 Schiffe mit einer Gesammt-Ladefähigkeit von 1,194,407 Registertons. Von der Gesammtzahl der Schiffe entfallen auf das Gebiet der Ostsee etwa 40, auf das der Nordsee etwa 60 Prozent.

Die Vergleichung mit der Aufnahme vom 1. Januar 1881 ergiebt, daß der in allen Handelsflotten sich vollziehende Uebergang von den Segel- zu den Dampfschiffen auch im Jahre 1881 stetige Fortschritte gemacht hat. Die Gesammtzahl der Schiffe hat sich gegen das vorausgegangene Jahr um 88 für das Ostsee- und um 63 für das Nordsee-Gebiet vermindert, das hauptsächlich auf diese Umwandlung des Schifffahrtsbetriebes zurückzuführen ist: die Dampfschiffe sind durchweg geräumiger; während die Zahl der Schiffe sich verminderte, hat sich der Raumgehalt um 12,000 Registertons erhöht. Diese Vermehrung der Ladefähigkeit setzt sich derartig zusammen, daß der Raumgehalt der Dampfer um 35,980 Registertons gegen das Vorjahr zugenommen, die gesammte Ladefähigkeit der Segelschiffe sich um 23,008 Registertons verringert hat. Wie die Zahl der Schiffe, so hat sich vermöge der Ersetzung von Segel- durch Dampfschiffe auch das Personal vermindert.

Die Besatzung dieser Schiffe betrug am 1. Januar 1882 39,102 Mann oder 551 Mann weniger als im Vorjahre.

Die zur Zeit vorhandenen Schiffe zerfallen in 4051 Segelschiffe und 458 Dampfschiffe, was gegen 1881 eine Abnahme der Segelschiffe um 195, dagegen eine Zunahme der Dampfer um 44 ergiebt. Eine Vergleichung des Bestandes der Dampfschiffe vom 1. Januar 1882 mit dem Bestande vom 1. Januar 1873 (216 Stück) ergiebt für diese 9 Jahre eine Zunahme um 242 Dampfschiffe, die hauptsächlich in den Jahren 1873 (um 37), 1874 (um 46), 1880 (um 40) und 1881 (um 44) stattfand. Bei den Segelschiffen trat dagegen innerhalb derselben Periode eine Abnahme um 260 ein. — Was das Konstruktionsmaterial der Schiffe betrifft so waren von den nachgewiesenen 4051 Segelschiffen 133 von Eisen und 3911 von Holz gebaut bei zwei Schiffen war als Hauptmaterial Holz und Eisen angegeben; bei fünf Schiffen blieb das Hauptmaterial unbekannt. Von den 458 Dampfschiffen dagegen waren 444 von Eisen, 13 von Holz und eins von Holz und Eisen gebaut. Unter den Heimathshäfen der vorhandenen Schiffe stehen in erster Reihe Hamburg mit 482 Schiffen. [illegible] mit 314, Bremen mit 300, Stralsund mit 247, Barth mit 212, Stettin mit 163 Schiffen.

Der Uebergang von der Segel- zur Dampfschifffahrt bedeutet theilweise eine Verdrängung des Klein- durch den Großbetrieb auch auf diesem Gebiete, während es sich zum anderen Theil allerdings nur um eine Veränderung der Betriebsmittel handelt. In beiden Fällen sind aber mit dieser Umwandlung naturgemäß Schwierigkeiten verknüpft: unter allen Umständen erfordert sie eine Kapitalaufwendung, welche sich nur langsam wiederersetzen kann. Die mitgetheilten Zahlen, insbesondere die über die Zunahme der Ladefähigkeit der deutschen Handelsflotte beweisen aber, daß die vorhandenen Schwierigkeiten überwunden werden, allerdings nicht überall mit gleichem Glücke.

— Ueber den Kardinal Ledochowski wird der „Nat.-Ztg." von ihrem römischen Korrespondenten geschrieben:

„Ein hiesiges Blatt theilt einen Artikel der Berliner „Germania" mit, in welchem erzählt wird, daß als Kardinal Ledochowski seiner Zeit von preußischen Gerichten zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurtheilt wurde, König Victor Emanuel durch einen Adjutanten dem Papste Pius IX. rieth, Ledochowski in den Vatikan aufzunehmen, um dessen eventuelle Auslieferung an die preußische Regierung zu hintertreiben. Dies Märchen der „Germania" ist nicht blos vom ersten bis zum letzten Wort erfunden, sondern auch unglaublich schlecht erfunden, um Ledochowski's freiwillige, lustige Gefangenschaft im Vatikan zu einem politischen Martyrium zu machen. Wahr ist nur — was die klerikale Presse bekanntlich stets mit gewohnter Wahrheitsliebe leugnete — daß Victor Emanuel und Pius IX. in ununterbrochenem Briefwechsel standen; des Königs Briefe wurden jedoch niemals durch seine Adjutanten, sondern stets durch einen vertrauten Prälaten dem Papste übergeben, und derselbe Prälat hatte auch dem Könige die Briefe des Papstes zu überreichen. Der König mag über mancherlei Dinge dem Papst geschrieben haben, aber er hatte gar kein Motiv, für Ledochowski einzutreten, dessen feindselige Gesinnung gegen Italien auch ihm bekannt war, und dem überdies in Italien keine andere Gefahr drohte als die Zustellung der Urtheile der preußischen Strafgerichte durch einen italienischen Gerichtsvollzieher. Dieses wohlfeile Martyrium von dem Haupte Ledochowski's abzuwenden lag aber gänzlich außerhalb der Machtsphäre Victor Emanuels. Es ist vollkommen unzweifelhaft, daß Kardinal Ledochowski, der trotz seiner geistigen Beschränktheit es sehr gut verstand, sich einen Anschein von Bedeutung zu geben, nur aus diesem Grunde die Gastfreundschaft des Papstes in Anspruch nahm und daß Pius IX. sie ihm gewährte, blos weil er damit die preußische Regierung zu ärgern und der italienischen Regierung Verdrießlichkeiten und Demüthigungen zu bereiten glaubte. Ich weiß nicht, ob die Mittel der „Germania", für Ledochowski Reklame zu machen, in Deutschland verfangen, aber ich darf wohl sagen, daß sie hier, wo man diese geistlich-weltlichen Possen gründlich kennt, das gründlichste Fiasko machen. Wenn heute die Entfernung Ledochowski's aus dem Vatikan von Papst und Kurie zu einem wichtigen politischen Kompensationsobjekt für Konzessionen der preußischen Regierung gemacht wird, darf man dies dem Vatikan nicht verdenken: ist es doch wahrlich nicht seine Schuld, daß es so weit kommen konnte."

— Vor einiger Zeit wurde von sozial-demokratischer Seite verbreitet, daß im Frühjahr wieder ein deutscher sozial-demokratischer Kongreß in der Schweiz stattfinden solle. Wenn der Pariser „Intransigeant" zutreffend berichtet ist, würde diese Meldung auf der Absicht, die deutsche Polizei irre zu führen, beruht haben; wie dieses Organ Rochefort's weiter meldet, soll vom letzten Mittwoch bis Sonntag ein Kongreß der deutschen Sozialdemokraten in Kopenhagen stattgefunden haben; es seien 70 Delegirte zugegen gewesen und man habe sich „gegen die wirthschaftlichen Palliativmittel des Herrn von Bismarck" ausgesprochen.

Nach einem in der heutigen Sitzung des Reichstags verlesenen Telegramm ist der sozialdemokratische Abg. von Vollmar bei seiner Rückkehr von dem in Kopenhagen abgehaltenen Sozialistenkongreß in Kiel verhaftet worden.

— Die ehemals von Gambetta inspirirte französische Presse ist nicht blos über das Unterbleiben der „großen Rekognoszirung" längs der deutschen Grenze sehr ungehalten, sondern trägt auch sonst chauvinistische Anwandlungen zur Schau. Es erscheint allerdings nicht ausgeschlossen, daß sobald erst das Geplänkel anläßlich der „Zurücksetzung" des Generals Galliffet vorüber ist, auch die ganze sich gegen Deutschland richtende Kampagne des opportunistischen Generals beendet wird. Zunächst forzirt aber noch die „Rep. Fr." den Ton in hohem Grade, wie es kaum zu den Zeiten Gambetta's geschehen ist. Im Hinblick auf die Mittheilungen, daß die Einführung des Repetirgewehres in Frankreich die gleiche Bewaffnung der deutschen Armee zur Folge haben müsse, und daß dieses militärische Steeple-Chase den Nationen theuer zu stehen komme, führt das leitende Organ der Opportunisten aus, daß Deutschland allein die Schuld treffe. Ein Streit hierüber wäre jedenfalls müßig, die „Rep. Française" giebt aber zugleich ihrem Unmuthe einen charakteristischen Ausdruck. Sie beschuldigt das deutsche Gouvernement, welches sie mit dem ihr eigenen Takte „le gouvernement germanique" nennt, sich die Rolle des Nachahmers nur deshalb zuzuschreiben, weil es darüber ärgerlich sei, daß es in Zukunft nicht mehr allein eine vervollkommnete Bewaffnung besitzen würde. „In Frankreich", schreibt das Blatt, „besteht wenigstens darüber keine Ungewißheit mehr. Dies ist so wenig der Fall, daß die Periode der Zögerungen endgültig geschlossen ist und daß man sobald als möglich zu einer Lösung gelangen muß." Die „Rep. Fr." macht zugleich einige bemerkenswerthe Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Bewaffnungsfrage in Frankreich. Hiernach ist das Prinzip der neuen Bewaffnung noch nicht entschieden, vielmehr befindet man sich erst im Stadium der Versuche. Falls die letzteren rasch durchgeführt und ein bestimmtes Modell angenommen werden sollte, werden sich erst in einigen Monaten die ersten Repetirgewehre in den Händen der französischen Infanteristen befinden. Der Artikel der „Rep. Fr." beweist zugleich, daß die Reorganisation der französischen Armee dem erwähnten Blatte nicht rasch genug erfolgen kann.

— In der Umgebung des Prinzen Wilhelm herrscht, wie die „Potsd. Ztg." berichtet, immer noch einige Sorge um die Frau Prinzessin Wilhelm, die noch immer von dem lästigen Keuchhusten geplagt und dadurch an das Krankenzimmer im Berliner Schlosse gefesselt wird. Begreiflicherweise empfindet die junge Mutter lebhafte Sehnsucht nach ihrem Kinde, dem kleinen, übrigens ganz prächtig gedeihenden Prinzen, aber ihr Wunsch, ihn zu sehen, scheiterte an dem Einspruch der Aerzte und des kaiserlichen Urgroßvaters, der seinen Urenkel nicht der Gefahr einer Ansteckung — und diese ist beim Keuchhusten namentlich für Kinder sehr groß — ausgesetzt sehen möchte. Hoffentlich ist die Prinzessin bald wieder so weit hergestellt, daß ihrer Uebersiedelung nach Potsdam nichts mehr im Wege steht. Wie sehr auch die nächste Umgebung der hohen Kranken durch deren Leiden in Mitleidenschaft gezogen ist, geht daraus hervor, daß die Kammerfrau der Prinzessin, welche seit deren Erkrankung stets um sie war, auf längere Zeit hat beurlaubt werden müssen, um sich zu erholen.

— Wie man aus Moskau schreibt, herrscht dort eine fieberhafte Thätigkeit für die Vorbereitungen zur Kaiserkrönung. Im Kreml sind alle Thürme und Thürmchen der Umfassungsmauer mit hohen Gerüsten umzogen; auf allen Seiten des „großen Iwan", der höchsten Spitze Moskaus, hängen in den letzten Tagen Arbeiter im Luftsitz herab, den Vorübergehenden leises Grauen verursachend. Nächtlicherweile strahlt schon jetzt über dem Kreml ein Lichtgestirn, scheinbar frei am Himmel schwebend. Der innerste Theil des Kremls ist von Baugerüsten verbarrikadirt; dort sollen neben der Begräbnißkirche der Zaren 3 Tribünen errichtet werden. Die fremden Gesandten haben sich für schwere Preise in Privathäusern ein Unterkommen gesichert. Da zur Zeit der Krönung die besseren Stände bereits auf dem Lande leben, so verursacht ihnen die Abtretung der städtischen Wohnungen keine große Unbequemlichkeit. Trotzdem sind die geforderten und bezahlten Preise recht ansehnlich, 20—30,000 Rubel. Auch Fenster werden auf der Twerskaja, durch welche sich vom Petersparke aus der Festzug bewegen wird, schon seit Monaten vermiethet; man bezahlt 100 Rubel für das Fenster. Die höchsten Behörden des Reichs, der Reichsrath, das Ministerkomitee, der Senat und der heilige Synod siedeln zur Krönung von Petersburg nach Moskau über.

— Die „Nat.-Ztg." schreibt: Am 3. April 1883 sind 50 Jahre seit dem „Frankfurter Attentat" verflossen, ein Ereigniß, das, obgleich es über die Bedeutung eines Schülerstreiches nicht viel hinausging, für die Betheiligten und die ganze deutsche Entwickelung von den schwersten, unheilvollsten Folgen begleitet war. In den stillen Jahren vor 1848 nahm dieser Studentenaufstand in der Volksphantasie dann ganz außerordentliche Formen an, die Aelteren unter den Mitlebenden wissen sich zu erinnern, wie tief und lebhaft man mit den Unglücklichen sympathisirte, welche eine That jugendlicher Unbesonnenheit und Romantik so über alles Verhältniß hinaus schwer zu büßen hatten. Die sogenannten „Aufständischen" bestanden außer einigen Turnern und Arbeitern aus Studenten, welche der Verhältnisse von Frankfurt größtentheils unkundig und nicht einmal der einfachen Ueberlegung fähig, daß die starke Besatzung der Bundesfestung Mainz einen siegreichen Aufstand in Frankfurt sogleich überwältigt haben würde, welche trotzdem, daß das Unternehmen, wie sie [illegible], verrathen war, aus falschem [illegible]gefühl nicht [illegible]traten. Es bildeten sich Verei[illegible] mit reich[illegible]mitteln, welche immer neue Befreiungsversuche [illegible] Werk setzten, und als endlich der große Befreiungsversuch vom 10. Januar 1837 gelungen war, fand man Mittel, wie früher Einzelne, jetzt 6 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurtheilte, wochenlang in immer wechselnden Verstecken in der Stadt verborgen zu halten, bis die definitive Befreiung gelingen konnte. Auffallend ist es immer gefunden worden und hat zu mancherlei Vermuthungen Veranlassung gegeben, daß bei der Bekanntschaft der Behörden mit dem bevorstehenden Attentat die polizeilich-militärischen Hülfsmittel der Stadt Frankfurt nicht energischer in Anwendung gebracht worden, so daß man trotz der Verstärkung der Besatzung der Hauptwache die Gewehre nicht ins Zimmer nahm und ihr Kommando dem jüngsten 17jährigen Lieutenant anvertraute. Auf diese Weise gelang der Ueberfall auf die Hauptwache, als wenn man gar keine Vorkehrungen getroffen gehabt hätte. Metternich schrieb triumphirend nach dem Hammacher Fest: das Fest der Bösen sei zu einem Fest der Guten geworden; wollte man auch das Frankfurter Attentat in dieser Weise ausbeuten? so fragte man vielfach. Die politischen Folgen des Aprilattentats waren auf Frankfurt und auf die Verfassung des Bundes bezüglich. Die ersten traten sogleich ins Leben. Schon am 4. April hatte sich die Bundesversammlung unter dem Präsidium des k. sächs. Gesandten von Manteuffel zur außerordentlichen Sitzung versammelt. Die Bundesversammlung beschloß, daß in dem Attentat nicht sowohl ein Angriff auf die Ruhe der Stadt Frankfurt, sondern vielmehr auf den deutschen Bund zu erblicken sei, und daß deswegen Stadt und Umgegend militärisch zu besetzen seien. Ein österreichisch-preußisches Korps aller 3 Waffengattungen von 2500 Mann kam am 15. April zu diesem Zweck von Mainz an; die Besoldung und Verpflegung der Bundestruppen wurde aus der Bundeskasse bestritten und für den Fall eines gemeinsamen Wirkens das Frankfurter Militär dem österreichischen Generalkommando untergeben. Nachdem aber am 2. Mai 1834 ein gewaltsamer Befreiungsversuch aller Gefangenen an der Konstablerwache stastgefunden und die in Folge dessen eingeleitete Untersuchung das Bestehen eines Komplots zu diesem Zweck in der Schützenkompagnie des Frankfurter Bataillons nachgewiesen hatte, verlangte am 5. Dezember die Bundesversammlung, daß der Frankfurter Senat seine Truppen unter den Oberbefehl der Bundestruppen stellen solle. Der Senat widerstand, auch als die Exekution gegen Frankfurt beschlossen wurde, und fügte sich erst, als mit dem Vollzug der Exekution Ernst gemacht werden sollte. Die auf den Bund im Allgemeinen bezügliche Aktion der Bundesversammlung bestand in dem am 20. Juni 1833 gefaßten Beschluß, eine Zentralbehörde von Bundeswegen einzusetzen, um die näheren Umstände, den Umfang und Zusammenhang des gegen den Bestand des Bundes und gegen die öffentliche Ordnung in Deutschland gerichteten Komplots zu erheben und fortwährend von sämmtlichen Verhandlungen der verschiedenen, mit Untersuchungen hinsichtlich des gedachten Komplots in den einzelnen Bundesstaaten beschäftigten Behörden Kenntniß zu nehmen, auch gegenseitige Mittheilungen unter denselben zu befördern, endlich für Gründlichkeit, Vollständigkeit und Beschleunigung der Untersuchungen Sorge zu tragen. Durch denselben Bundesbeschluß wurden die Regierungen von Oesterreich, Preußen, Baiern, Würtemberg und Großh. Hessen aufgefordert, je ein Mitglied der genannten Zentralbehörde zu ernennen, und am 8. August die Behörde als konstituirt erklärt. Im Jahre 1842 wurde die Bundeszentralbehörde aufgelöst und in demselben Jahre verließ die zuletzt bedeutend reduzirte Bundesbesatzung Frankfurt, um erst am 18. September 1848 dahin zurückzukehren. 1848 wurden die Theilnehmer amnestirt.

Wie der „Schw. Merk." mittheilt, leben jetzt von den studirenden Theilnehmern nur noch 5: Der Bezirksarzt a. D. in Lahr Dr Eimer, Wilhelm Obermüller in Wien, Dr med. Ernst Matthiä aus Frankfurt, Arzt in Wülflingen bei Winterthur, Dr. jur. Gustav Körner aus Frankfurt in Amerika, dereinst Gesandter der Vereinigten Staaten in Madrid; und endlich Dr. jur. Gärth aus Frankfurt, Advokat daselbst seit 1829, Führer des Angriffs auf die Konstablerwache, welcher in London lebt. Ein weiterer Theilnehmer, noch unter den Lebenden, ist ein Schwabe, welcher, damals Gärtner, den Sturm mitmachte und nach dem Mißlingen längere Zeit in Frankfurt in einem sehr sicheren und vornehmen Versteck sich befand, nämlich im österreichi-

schen Gesandtschaftshotel selbst, nachher aber, wegen der Demagogengeschichten in Würtemberg, die Bekanntschaft des Hohenasperg machte. Der Betreffende, welcher lange Jahre später in der Schweiz seinen deutschen und besonders schwäbischen Landsleuten am Gießbach und in Thun ein so trauliches Heim darbot, erzählt gerne mit dem ihm eigenen Humor, der ihn auch demnächst in sein otium cum dignitate begleiten wird, die Geschichte. Wahrscheinlich dürfte auch noch der eine oder andere der Hanauer Turner leben, welche den später in Stuttgart so wohlbekannten Turnmeister Lelong an der Spitze, beim Sturm mit dabei waren. Als es nach dem Mißlingen an die Rettung ging und alle Stadtthore verschlossen waren, da setzten die Turner von dem Garten eines ihnen befreundeten Hauses aus über die Stadtmauer und nun gings im Dauerlauf nach Hanau. Die Polizei hatte Wind, und noch in der Nacht wurde eine Untersuchung in Hanau angeordnet. Allein als man Haussuchungen hielt, fand man die Verdächtigen — im Bett! Den Schlüssel des Hofthors der Konstablerwache, welcher ihnen zur Flucht verholfen, hatten die Flüchtlinge mitgenommen; sie ließen zum Andenken an die gelungene Flucht Ringe daraus schmieden, die das Gepräge des Schlüssels selbst und das der Jahreszahl trugen. Einen solchen Ring bewahrt das historische Museum des Frankfurter Stadtarchivs.

Ausland.

Paris, 2. April. Neue Gerüchte über Veränderungen im Kabinet sind im Umlauf. Ferry und Waldeck-Rousseau sollen den Rücktritt des Kriegsministers Thibaudin anstreben und zwar soll hierzu als Handhabe die Zurücknahme der früheren Bestimmung über die Kavalleriemanöver unter Oberleitung Galliffets durch Thibaudin benutzt werden. Die gambettistische Presse wie auch das „Journal des Debats" greifen den Kriegsminister deswegen äußerst lebhaft an. Ebenso scheint in höheren Militärkreisen darüber eine starke Mißstimmung gegen den Kriegsminister zu herrschen, welchem gleichzeitig die Büreaux des Kriegsministeriums einen fortgesetzten passiven Widerstand entgegenstellen. Man spricht von wiederholten vertraulichen Demarchen beim General Campenon, um diesen zur Uebernahme des Kriegsportefeuilles zu bewegen. Desgleichen gilt des Finanzministers Tirard's Stellung bedroht und seine Ersetzung durch Leon Say, dessen Minister-Programmreden in Lyon sehr bemerkt wurden, nur als eine Frage der Zeit.

Petersburg, 30. März. (Voss. Ztg.) Die stetig wachsende Verarmung des Bauernstandes, also von neun Zehnteln der Bevölkerung, nimmt immer mehr bedrohliche Dimensionen an. Im Jahre 1881 betrug der Ausfall bei den von der Ackerbau treibenden Bevölkerung aufzubringenden direkten Steuern gegen 3 Millionen Rubel; für 1882 beträgt derselbe gegen 4 Millionen Rubel. Der nach Aufhebung der Leibeigenschaft erwartete Aufschwung des seiner Fesseln entledigten Bauernstandes ist vollständig ausgeblieben; im Gegentheil greift die Zerrüttung der bäuerlichen Verhältnisse immer mehr um sich, wozu nicht wenig die hohen Abgaben und die Schröpfkunst der Beamten beitragen. Alles gerechnet, zahlt der Bauer ungefähr 15 Rubel an direkten Staatssteuern, was im Vergleich mit den Verhältnissen in Westeuropa nicht viel ist; dagegen beträgt der Werth seiner ganzen Habe: wenige Morgen Land, Hütte, Vieh u. s. w. durchschnittlich nicht mehr als 150 R. Wo anderwärts zahlt der Unterthan den zehnten Theil seiner Habe jährlich als Staatssteuern? Fast ebenso hoch als diese letztern sind die Kommunalsteuern für Schule, Wegebauten, Medizinal-, Veterinärwesen u. s. w., welche die von den Insassen des Kreises gewählten Organe der sogenannten Selbstverwaltung dem Bauern auferlegen. Der Ausfall bei denselben beträgt für 1882 gegen 7 Mill. R., wodurch namentlich die Volksschule und das Sanitätswesen leiden, so daß sie sich von Jahr zu Jahr verschlechtern. Ein großer Theil jenes Steuerausfalls mag von den erschöpften Bauern trotz der größten Grausamkeit nicht einzutreiben gewesen sein, jedoch der andere Theil ist, wie Klagen aus allen Gegenden des Reichs beweisen, von den gewählten Beamten unterschlagen worden, denn in der Regel versteht der Wahlbeamte unter Selbstverwaltung die Gelegenheit zum stehlen. Sind doch allein in dem Gouvernement Woronesch 139 Dorfvorsteher, Beisitzer und Gemeindeschreiber wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder i. J. 1882 vor Gericht gestellt worden. Diese sog. Selbstverwaltung, wie sie von der russischen Regierungsweisheit im höchst verkrüppelten Zustande verliehen ist, hat dem Volke kaum zum Heil gereicht, wohl aber zur Aussaugung desselben nicht wenig beigetragen. Kredit giebt es natürlich für den Bauern nicht, und wenn er ihn höchst ausnahmsweise findet, so geschieht es meist unter Bedingungen, die ihn früher oder später zum Sklaven des Darleihers machen. Um nun dem Bauern billigen Kredit behufs Pacht oder Ankauf von Land zu gewähren, sollen Agrarbanken gegründet werden, in Bezug worauf in diesen Tagen eine Verfügung des Finanzministers veröffentlicht wurde. Dies ist nun schon der dritte Versuch, um dem kreditbedürftigen Bauernstande aufzuhelfen, und wenn man aus dem Fiasko der beiden ersten auf das Schicksal des jetzigen dritten schließen darf, so wird das Resultat ein sehr klägliches sein. In den vierziger Jahren gründete das Domänenministerium Dorfbanken für die Krons- und Apanage-Bauern, sowie für die Kosaken-Ansiedelungen. Mangel jeglicher Kontrolle und schamloseste Habgier der bäuerlichen Verwaltung ließen die Kapitalien der Banken nach wenigen Jahren beinahe gänzlich verschwinden; die Bauern verwünschten diesen blutsaugerischen Kredit und als schließlich eine Revision stattfand, zog es die Regierung vor, die zahllosen Schuldigen straffrei ausgehen zu lassen und die ganze Angelegenheit der Vergessenheit zu übergeben. Im Anfange der siebziger Jahre drang die Kunde von den großartigen Erfolgen der Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch nach Rußland und die genialen Ideen des großen Nationalökonomen fanden hier begeisterte Anhänger. Der Finanzminister empfahl in vielen Erlassen die Gründung solcher Genossenschaften und gab auch in vielen Fällen das Grundkapital her; die Presse war unermüdlich in der Lobpreisung dieser Bestrebungen, ihr zufolge war die Panacee für alle Leiden der bäuerlichen Bevölkerung gefunden. Die Gouverneure befahlen den Chefs der Landpolizei (Isprawniks), so viel als möglich die Gründung von Genossenschaften anzuregen und die Polizei leistete auch in diesem Falle Wunderdinge! Wie aber russische Regierungsweisheit die Ideen von Schulze-Delitzsch verstümmelte, kann schon daraus ersehen werden, daß strengstens vorgeschrieben wurde, bei allen Genossenschaften das vom Finanzministerium ausgearbeitete Statut zu Grunde zu legen. Und was ist von der Schwärmerei für das Genossenschaftswesen übrig geblieben? Nichts als bittere Enttäuschung, nachdem Millionen über Millionen verloren sind. Kenner der Verhältnisse glauben auch dem jetzigen einseitigen Unterfangen der Regierung kein günstiges Prognostikon stellen zu dürfen.

Provinzielles.

Stettin, 4. April. Die hiesige königliche Polizeidirektion hat eine Verfügung erlassen, nach welcher den in Grünhof liegenden Vergnügungslokalen die Veranstaltung eines Tanzvergnügens nur jeden zweiten Sonntag erlaubt sein soll. Diese Verfügung der königlichen Polizeidirektion wird in den davon betroffenen Kreisen als eine große Härte empfunden und wie es uns scheint, mit vollem Rechte. Früher war es den Inhabern der Tanzlokale gestattet, dreimal in der Woche tanzen zu lassen. Herr v. Warnstedt gestattete wenigstens, daß dieselben an jedem Sonntage tanzen lassen durften. Wenn jetzt noch wieder eine Einschränkung und zwar speziell nur für die Grünhofer Wirthe stattfinden soll, so scheint uns das nicht nur für die Betroffenen sehr hart, sondern wir vermissen in dieser Maßregel auch den praktischen Blick und gewissermaßen auch die unentwegte Gerechtigkeitsliebe, welche unserer Polizeidirektion zu eigen ist. Denn, was zunächst das letzte anlangt, so ist dieselbe, indem sie die Beschränkung speziell den Grünhofer Wirthen auflegte, zwar von dem Gedanken ausgegangen, daß gerade in Grünhof resp. vor dem Königsthor, wo der meiste Verkehr und in Folge dessen auch die meisten Tanzlokale sind, dem Tanzbedürfnisse genügt werde, wenn auch nur in der Hälfte der Lokale getanzt werde. Wir wollen deswegen mit ihr nicht rechten, aber es ist unausbleiblich, daß, wenn deshalb die Grünhofer Wirthe nur alle zwei Wochen einmal tanzen lassen dürfen, während ihre Kollegen vor dem Berliner Thore resp. in der Oberwiek 2c. jeden Sonntag tanzen lassen dürfen, die ersteren dies als eine Zurücksetzung gegenüber ihren Kollegen, als eine Ungerechtigkeit im Verhältnisse zu diesen empfinden. Es kommt hinzu, daß gerade die Inhaber der Tanzlokale in Grünhof schon so wie so schlimmer daran sind als alle andern, denn gerade die Grünhofer Wirthe haben die Konkurrenz mehrerer fast unmittelbar an der Grenze des Stettiner Polizeibezirks gelegener Lokale auszuhalten, in denen nicht nur alle Woche einmal, sondern fast täglich getanzt wird. Freilich ist die Stettiner Polizeidirektion hieran unschuldig; da jene Lokale nicht mehr in ihrem Amtsbezirk liegen, entbehrt sie des Einflusses auf dieselben und vermag nichts über diese zu bestimmen. Das hindert aber nicht, daß in Praxis die Grünhofer Lokale doch unter dieser Konkurrenz sehr zu leiden haben und es scheint uns dies allein schwerwiegend genug, um unsere Polizeidirektion zu einer billigen Rücksichtnahme gerade auf die Grünhofer Wirthe veranlassen zu sollen. Die Maßregel erscheint uns aber auch nicht einmal praktisch. Wir verstehen, wenn einem ganz rigorosen Standpunkt ja vielleicht jedes Tanzvergnügen verboten erscheinen mag. Wenn aber nun in Grünhof, falls die getroffene Maßregel wirklich in Kraft bleiben sollte, an jedem Sonntage in der einen Hälfte der Lokale getanzt wird, in der anderen aber nicht, was wird die Folge sein? Doch nichts anderes, als daß dasjenige Publikum, welches nun einmal Tanzlust in sich fühlt, statt jetzt sich in zwei Lokale zu theilen, sich künftig in eins zusammendrängt, dasselbe überfüllt und die Ueberwachung weit schwieriger macht als sie jetzt ist. Es scheint uns daher, als wenn diese Verfügung nach keiner Seite hin ein Fortschritt sei, daß die Vortheile, welche sie bringen soll, zum mindesten sehr zweifelhafter Natur seien. Was aber nicht zweifelhaft ist, das ist der Ruin eines Theils, ja vielleicht des größten Theils der jetzigen Inhaber der Tanzlokale. Die Herren sind jetzt schon in einer wenig beneidenswerthen Lage. Bei vielen von ihnen ist der alltägliche Wochenverkehr fast Null. Die ganze Einnahme resultirt fast ausschließlich aus der Sonntagseinnahme. Will man ihnen nun den einen Sonntag nehmen und nur den zweiten lassen, so wird sich eben ihre Einnahme um die Hälfte, oder doch annähernd um die Hälfte reduziren. Was das für alle, namentlich aber für diejenigen sagen will, welche nicht Besitzer, sondern nur Pächter ihrer Tanzlokale sind, und welche außer den Abgaben und Unkosten auch noch die Miethe nach wie vor herauswirthschaften sollen, mag sich jeder selbst sagen. Vereinzelte mögen sich vielleicht durch Konzerte in etwas helfen können, die bei weitem größte Mehrzahl der Lokale ist aber zwar für einen Tanzsaal groß genug, aber viel zu klein für einen Konzertsaal gebaut. Man versteht daher die Erregung der Herren, welche sich geradezu in ihrer Existenz bedroht sehen. Und nicht nur sie allein, auch die bei ihnen beschäftigten Kellner, Musiker u. s. w. fürchten ebenfalls eines Theiles ihres schon so wie so nur geringen Einkommens verlustig zu gehen. Und wenn diese Tanzlokale sich noch etwa ganz besonders in schlechten Ruf gebracht hätten. Aber nichts weniger als das! Ueber sämmtliche von der Verfügung betroffene Grünhofer Lokale sind zusammen genommen noch nicht so viel Klagen laut geworden, als allein über ein einziges anderes. Die Wirthe haben selbst das größte Interesse daran — schon um das andere Publikum nicht zu verscheuchen — jedem Exzeß eines Betrunkenen, überhaupt jedem Skandale möglichst vorzubeugen und thun das theilweise mit großem Geschick. Dasjenige Publikum, welches den Skandal liebt, pflegt sich ganz wo anders zu versammeln. Wir wollen daher wünschen, daß die Vorstellungen, welche die Grünhofer Wirthe an die hiesige Polizeidirektion gerichtet haben, von bestem Erfolge sein mögen. Halten wir es, von allem andern abgesehen, doch auch politisch für nichts weniger als geschickt, eine bei allen Wahlen so einflußreiche Klasse wie die Restaurateure ohne Noth unzufrieden zu machen und fast wie mit Gewalt in die Opposition hineindrängen zu wollen.

— Von der königlich niederländischen Gesandtschaft in Berlin wird mitgetheilt, daß laut Verfügung des niederländischen Finanzministers für Güter, welche an die in Amsterdam stattfindende Kolonialausstellung eingesandt werden, keine Kosten berechnet werden für Aufsicht, Versiegelung, Erlaubniß, oder andere Zollformalitäten, welchen regelmäßig fremde Güter unterworfen sind.

— Der Postdampfer „Habsburg", Kapt. H. Hellmers, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 18. März von Bremen abgegangen war, ist am 1. April wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Das Konzert des blinden Pianisten Max Wegener war erfreulicher Weise recht gut besucht. Es bot des Unterhaltenden auch genug. Herr Wegener selbst ist ein durchaus beachtenswerther Künstler, dessen technische Bildung auf hoher Stufe steht und sich von Jahr zu Jahr mehr erweitert. So trat auch in dem Montagskonzert desselben ein wesentlicher Fortschritt gegen das Vorjahr zu Tage. Derselbe erstredte sich speziell auf Auffassung und Vortrag. Die uns nicht mehr fremde Konzertsängerin Frau Dreßler-Heß besitzt einen angenehmen Sopran und daneben sehr verständigen Vortrag. Ihre Lieder „Keine Sorg' um den Weg" und „In der Märznacht" wurden mit rauschendem Applaus belohnt, so daß sich die liebenswürdige Dame zu einer Zugabe entschloß. Die Herren Gebr. Fabian sind von uns wiederholt vortheilhaft genannt. Sie verbinden große Begabung mit ernstem Streben, und wird es ihnen dabei an ehrenvollster Anerkennung einmal nicht fehlen. Beide Herren befinden sich ja noch im Entwickelungsstadium, dennoch leisten sie bereits heute schon Anerkennenswerthes. Herr Georg Fabian (Violinist) beherrscht sein Instrument mit großer Ruhe und Sicherheit, er meidet das Virtuosenthum und scheint es auf das wahre Künstlerthum abgesehen zu haben. Er versenkt sich in seine Aufgabe und sucht aus der inneren Tiefe seine Schätze zu Tage zu fördern. Sein Ton ist voll und edel. Herr Johannes Fabian trat dieses Mal als Pianist wenig in den Vordergrund, er spielte nur die begleitende Pianopartie zu seiner eigenen Komposition für Violine und Piano: „Romanze dramatique". Der jugendliche Tonkünstler kann mit seinem ersten Werk wohl zufrieden sein. Das Publikum zeichnete auch diese beiden Mitwirkenden durch Applaus aus.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Uriel Acosta." Trauerspiel in 5 Akten.

Stettin. Zur Gedächtnißfeier Richard Wagner's hatte die Direktion unseres Stadttheaters eine Aufführung seiner Werke „Lohengrin", „Tannhäuser" und „Fliegender Holländer" vorbereitet und den Besuch derselben den weiteren Kreisen dadurch ermöglicht, daß für diesen Wagner-Zyklus gegen die Tagespreise ermäßigtes Entree erhoben wurde. Nach längerer Pause ist die letzte dieser drei Opern gestern zur Aufführung gekommen und wnrde noch, um der Feier einen würdigen Beschluß zu geben, nachstehender Epilog unseres Mitbürgers Herrn Paul Wendt gesprochen, als auch der Trauermarsch aus der „Götterdämmerung" gespielt.

Epilog zur Wagner-Feier von Paul Wendt.

(Säulenhalle in antikem Stile. — Thalia in trauernder Haltung an ein Postament mit gebrochener Säule gelehnt Nach Aufgang des Vorhangs tritt sie langsam vor und spricht:)

Wenn sonst an dieser Stätte ich erschienen,
So kam ich mit verklärtem Angesicht
Und Frohsinn leuchtete aus Euren Mienen,
Wenn ich erfüllte meine hohe Pflicht;
Doch heute muß mein Mund zum Herold dienen
Der Trauer, die aus jedem Antlitz spricht,
Wenn wir an den entschlafnen Meister denken
Und in Erinnerung uns ernst versenken.

Was er gewesen in der Welt des Schönen,
Das kündete von Neuem Euch der Sang,
Der bald in sanften, bald in mächt'gen Tönen
In Euren Ohren eben erst erklang.
Bald braust sein Lied wie Sturm und Kampfesdröhnen,
Dann säuselt wie der Zephir es entlang,
Doch wie auch immer seine Weisen klingen,
Sie wissen stets den Hörer zu bezwingen.

Und wie der große Meister fest gegründet
Im Reich der Töne eine neue Welt,
So hat er auch die Sage sich verbündet
Und neu bebaut der deutschen Dichtung Feld.
Auf's Neue hat er uns das Herz entzündet,
Als aus dem Grab erstand manch alter Held,
Als Schätzen, in Vergessenheit gesunken,
Er Dasein gab durch seines Geistes Funken.

Der Sonne nur gleicht solches Erdenwallen,
Das, stets geschäftig, mit ureigner Kraft,
Aus allen Keimen, die ihm wohlgefallen,
Sich Blumen zaubert und sich Früchte schafft.
O möge laut des Meisters Lob erschallen,
Der bei dem großen Werke nie erschlafft,
Und kühn gefolgt des Geistes hehrem Fluge
Bis zu dem allerletzten Athemzuge!

Ist auch sein Staub zu Staube nun gebettet,
So haben dennoch wir sein geistig Theil
Aus Grab und Finsterniß für uns gerettet,
Und diese Erbschaft sei uns niemals feil!
An Deutschlands Namen bleibe sie gekettet,
Zu unseres Vaterlandes Ruhm und Heil!
Von Richard Wagner soll die Nachwelt lesen:
Deutsch war der Mann, deutsch war sein Lied und Wesen!

Man wird uns Monumente bald bescheeren
Von unserm Meister wohl in Erz und Stein;
Wir wollen nicht der guten Sitte wehren,
Sein Abbild wird uns stets willkommen sein.
Doch wollet wahrhaft Ihr den Sänger ehren,
So dringt in seines Geistes Werke ein;
Wird Euch bewußt, Was uns der Mann gegeben,
Dann starb er nie und wird uns ewig leben!

* * *

(Thalia tritt an die Säule zurück. Die Hinterwand hebt sich. Hoch im Hintergrunde Wagners Büste, mit grünem Lorbeer bekränzt; zu Füßen des Postaments eine goldene Leyer mit Eichenlaub umwunden. In der Mitte Gruppe aus: „Lohengrin", links Gruppe aus „Tannhäuser", und rechts Gruppe aus dem „fliegenden Holländer". — Musik. Der Vorhang fällt.)

Vermischtes.

— Gegenüber der Behauptung eines Korrespondenten des „Standard", daß durch die in Kopenhagen neulich aufgefundenen Papiere Struensee's das verbrecherische Verhältniß zwischen dem Letzteren und der Königin Caroline Mathilde zur Evidenz erwiesen würde, erinnert der „Hamburger Korr." an den Brief, welchen die unglückliche junge Königin aus ihrer Verbannung an ihrem Todestage an ihren Bruder, den König Georg III. von England gerichtet hat. Das den Stempel der lautersten Wahrheit tragende Schreiben, dessen Original sich in dem geheimen Staatsarchiv zu Kopenhagen befindet, wurde am 17. Februar 1852 durch das offizielle dänische Journal publizirt und lautet wörtlich:

„Sire, in der feierlichen Todesstunde wende ich mich an Sie, meinen Königlichen Bruder, um Ihnen die Gefühle meiner Dankbarkeit wegen der Freundlichkeit auszusprechen, welche Sie mir während meines Lebens und namentlich während meiner langen Unglückszeit bewiesen haben. Ich sterbe gern: denn Nichts bindet mich an diese Welt, weder meine Jugend (die Königin war damals erst 23 Jahre alt) noch die Freuden, welche früher oder später mein Theil sein könnten. — Kann außerdem das Leben irgend Reiz für eine Frau haben, die von allen Denen, welche sie liebt, ihrem Gemahl, ihren Kindern, ihren Brüdern und Schwestern entfernt ist? Ich, eine Königin und der Sproß eines Königlichen Stammes, habe das elendeste Leben geführt, und gebe der Welt ein neues Beispiel, daß Krone und Szepter ihre Träger vor dem schwersten Unglück nicht schützen können. Ich erkläre, daß ich unschnldig bin, und diese Erklärung schreibe ich mit zitternder, in kaltem Todesschweiße gebadeter Hand. Ich bin unschuldig: Gott, den ich anrufe, der mich erschuf und bald über mich richten wird, ist Zeuge meiner Unschuld. Ich flehe ihn demüthig an, er wolle nach meinem Tode die Welt überzeugen, daß ich niemals irgend eine der furchtbaren Beschuldigungen verdiente, womit meine feigen Feinde meinen Charakter anzuschwärzen, meinen Ruf zu brandmarken und meine Königliche Würde mit Füßen zu treten suchten. Sire, glauben Sie Ihrer sterbenden Schwester, einer Königin, und was mehr ist, einer Christin, welche mit Furcht und Schaudern ihre Augen zur andern Welt erheben würde, wenn ihr letztes Bekenntniß eine Unwahrheit wäre. Seien Sie überzeugt, ich sterbe mit Freuden; denn die Unglücklichen betrachten den Tod als einen Segen. Was mir aber schmerzlicher ist, als der Todeskampf, ist, daß keine der Personen, die ich liebe, an meinem Sterbebette steht, um mir das letzte „Lebewohl" zu sagen, mich mit dem Blicke des Mitleids zu trösten und meine Augen zu schließen. Ich bin jedoch nicht allein. Gott, der einzige Zeuge meiner Unschuld, sieht mich in diesem Augenblicke auf meinem einsamen Lager liegen, ein Raub des quälendsten Todeskampfes. Mein Schutzengel wacht über mir; er wird mich bald dorthin führen, wo ich in Ruhe für meine Lieben und selbst für meinen Henker beten kann. Leben Sie wohl, Königlicher Bruder, möge der Himmel Sie mit seinen Segnungen überschütten, wie meinen Gatten, meine Kinder, England, Dänemark und die ganze Welt. — Ich flehe Sie um die Erlaubniß an, daß mein Körper im Begräbniß meiner Vorfahren beigesetzt werde; und nun empfangen Sie das letzte „Lebewohl" Ihrer unglücklichen Schwester.

Celle, 10. März 1775.

Caroline Mathilde."